

Überwachung von chinesischen Auslandsstudierenden

China hat großen Einfluss auf seine Bürger – auch über die Grenzen hinaus. Studierende, die im Ausland für Demokratie demonstrieren, werden beobachtet und bedroht. Auch auf ihre Familien wird Druck ausgeübt.

Rowan hatte niemandem gesagt, wie sie hieß oder wohin sie ging. Die Chinesin, deren echter Name und Wohnort hier zu ihrer Sicherheit geheim bleiben, studiert im Ausland. Dort nahm sie an einer Veranstaltung zum **Gedenken** an das **Tiananmen-Massaker** vom 4. Juni 1989 teil. Es dauerte nur wenige Stunden, bis sich ihr Vater aus China bei ihr meldete. Staatliche Sicherheitsbeamte hätten ihm gesagt, dass er Rowan **von ihrem Engagement abhalten** soll.

Viele der rund 900.000 chinesischen Auslandsstudierenden erleben aktuell ähnliche Dinge, so die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. In Peking will man das **Ansehen** des **Einparteienstaats** schützen – und kritische Demonstrationen auch im Ausland verhindern. Besonders deutlich wird das vor Ereignissen wie dem Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Paris. Chinesische Studierende berichten: Wer Demonstrationen organisieren will, wird **gezielt** bedroht.

Laut Theresa Bergmann von Amnesty International übt der Staat auch Druck auf die Familien in China aus: „Es wird zum Beispiel damit gedroht, Pässe **einziehen**, Arbeitsstellen zu kündigen, Renten zu **kürzen** oder Bildungsmöglichkeiten **einzuschränken**.“ Ein weiteres Mittel zur Überwachung scheint die **App** WeChat zu sein, die die Daten von Nutzerinnen und Nutzern an die Regierung in Peking weitergibt. Doch wer sich aus dem Ausland bei seiner Familie in China melden möchte, **ist auf** solche Apps **angewiesen** – andere sind oft nicht erlaubt.

Für Studierende ist der staatliche Druck besonders gefährlich, so Bergmann – denn sie dürfen in der Regel nur **vorübergehend** an ihrem Studienort bleiben und sind finanziell abhängig. Trotzdem sprechen nun 32 Studierende aus acht europäischen und nordamerikanischen Studienländern in einem Bericht von Amnesty International über die Überwachung. Ihre Aussagen sind sehr ähnlich. Doch die chinesischen Behörden schweigen bisher zu den **Vorwürfen** oder **dementieren** sie.

Autorin/Autor: Andrea Grunau, Philipp Reichert

Glossar

Überwachung, -en (f., meist Singular) – das Beobachten von jemandem; die Kontrolle

jemanden bedrohen – jemandem sagen, dass man ihm etwas Schlimmes tun wird;
auch: (jemandem) (mit etwas) drohen

Druck auf jemanden aus|üben – versuchen, jemanden zu zwingen, etwas zu tun

Gedenken (n., nur Singular) – das feierliche Erinnern eines bestimmten Ereignisses

Tiananmen-Massaker (n., nur Singular) – das gewaltsame Niederschlagen friedlicher Proteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 mit Tausenden Toten und Verletzten

jemanden von etwas ab|halten – dafür sorgen, dass jemand etwas nicht tut

Engagement (n., aus dem Französischen, nur Singular) – hier: der freiwillige Einsatz für ein bestimmtes Ziel

Ansehen (n., nur Singular) – die Meinung anderer über jemanden/etwas; der Ruf

Einparteienstaat, -en (m.) – ein Staat, in dem es nur eine Partei gibt, die die Macht hat

gezielt – so, dass etwas genau durchdacht ist; zweckgerichtet

etwas ein|ziehen – hier: ein offizielles Dokument seinem Besitzer oder seiner Besitzerin z. B. von staatlicher Seite wieder wegnehmen

etwas kürzen – hier: weniger für etwas bezahlen

etwas ein|schränken – etwas begrenzen

App, -s (f., aus dem Englischen) – ein spezielles Programm für ein Mobiltelefon

auf jemanden/etwas angewiesen sein – jemanden/etwas dringend brauchen

vorübergehend – nur für eine bestimmte Zeit

Vorwurf, Vorwürfe (m.) – die Beschuldigung; die Kritik

etwas dementieren – sagen, dass eine Behauptung nicht wahr ist